

Walter Schmitz

Der folgende Text ist mein Versuch einer fachlichen Positionsbestimmung angesichts einer Demonstrationsbewegung, die mit bestürzenden Parolen arbeitet und nach meiner Auffassung dem Ansehen der Stadt Dresden schweren Schaden zufügt. Es handelt sich nicht um eine Stellungnahme der TU Dresden, sondern die Verantwortung für den Inhalt liegt allein beim Verfasser. Entstanden ist der Text aus den Diskussionen im Kreis des MitteleuropaZentrums der TUD; dort wird das »Handbuch der deutschsprachigen Literatur der Migration seit 1945« erarbeitet. Ich danke allen, die sich beteiligt haben, für ihr Engagement und zahlreiche Hinweise.

## »PEGIDA«. FRAGEN AN BEFUNDE UND REDEWEISEN

Dem Andenken Victor Klemperers

### I. »Pegida« – eine Bewegung

Die Bewegung »Pegida« (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«), die in der bürgerlichen Rechtsform eines Vereins organisiert ist und sich gegen jede parteipolitische wie auch gegen jede andere Zuordnung sperrt, begann im Herbst 2014 mit etwa 200 Personen, die jeweils an Montagabenden sich versammelten. Sie wuchs bis zum Januar 2015 schnell an, bis dann zehn-, zwanzig- und schließlich fünfundzwanzigtausend ›Stadtspaziergänger‹ – so ein Stichwort aus dem so genannten ›Orga-Team‹ – die Straßen Dresdens jeden Montagabend bevölkerten.

Kenntlich ist ein Organisationsteam von »Pegida«, das zwar einerseits für die Bewegung spricht, andererseits aber wiederum darauf insistiert, dafür überhaupt kein repräsentatives Mandat zu haben, sondern nur eine ›Bewegung‹

von Gleichen zu moderieren.<sup>1</sup> Die Aktivitäten dieser Bewegung im öffentlichen Raum bestanden im Skandieren wütender Parolen, dann einmal im Absingen von drei Weihnachtsliedern – Zeugnisse deutschen Gemütes – mit deutlicher Unsicherheit in der Textkenntnis, aber jahreszeitlich passend. Sie bestanden in weiteren symbolischen Aktivitäten, vor allen Dingen aber in einer widersprüchlichen Mischung von extrem aggressiven Plakaten – mit Aufschriften wie »Islam-Karzinom« – und jenen in Sprechchören vorgebrachten Schlagworten wie »Lügenpresse« oder »Volksverräter« auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber einer absoluten Weigerung, diese Schlagworte zu erläutern oder gar politisch zuzuspitzen und in irgendwie diskussionsfähige Meinungen umzusetzen. Mit ihren Parolen schien sich die Bewegung deutlich einem rechtsextremistischen Lager zuzuordnen. Es schien doch irgendwie um Ausländerfeindlichkeit zu gehen, vielleicht um Rassismus und Ähnliches mehr. Dafür sprach auch die unbefangene Verwendung eines im nationalsozialistischen Deutschland üblichen Vokabulars. Die »Lügenpresse«, die es dann auch zum Unwort des Jahres brachte, ist zwar keine Erfindung des Propagandaministers Goebbels gewesen, wurde aber durch ihn populär. Indessen betont das »Orga-Team«, man grenze sich deutlich gegen Extremismus ab, es sei einfach das Volk, das sich hier zu Wort melde.<sup>2</sup>

Die Bewegung »europäischer Patrioten« bleibt dabei hinter populistischer Fremdenfeindlichkeit in anderen Staaten, die sich bereits in Parteien verfestigt hat – von »Front National« bis zu »Sverigedemokraterna« –, vorerst noch zurück; »Europa« wollen sie freilich als Einheit alle nicht, sondern setzen auf nationale Sonderwege. Immerhin trafen »Pegida«-Vertreter mit Fraktionsmitgliedern der AfD (»Alternative für Deutschland«) im sächsischen Landtag zusammen, die sich am rechten Rand des Parteienspektrums nach dem Niedergang der NPD zu etablieren sucht; man führt Gespräche. Neues mitzuteilen hat man sich eher wenig. Denn die Schlagworte und simplen Formeln der »Pegida« stehen in einer Tradition, die unmittelbar in die 1980er Jahre zurückreicht, aber im weiteren Bogen die beiden deutschen Diktaturen mit einbegreift. Die »Angst vor Über-

- 1 Vgl. zum Konzept des »führerlosen Widerstandes«: Uwe Backes u. a.: Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen. Göttingen: V&R unipress 2014 (auch online unter: [http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Backes\\_et\\_al\\_rechte-Mehrfach-Intensivtaeter\\_HAIT.pdf](http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Backes_et_al_rechte-Mehrfach-Intensivtaeter_HAIT.pdf)), S.178 ff.
- 2 Vgl. Jan-Werner Müller: Wir ohne die anderen. Wenn kleine Gruppen Großes wollen: Populismus ist die Schattenseite der Demokratie. In: Süddeutsche Zeitung (28. Januar 2015): »Wir sind das Volk« ist in einer halbwegs funktionierenden Demokratie kein legitimer Anspruch und schon gar keiner, den man auf der Straße durchsetzen kann. »Das Volk« ist nur per Prozeduren, vor allem Wahlen, fassbar. Das »wahre Volk« außerhalb der Verfassung ist ein Phantom.«

fremdung« hat viele Varianten in Deutschland; unter die lästige Erinnerung an den bis zum Völkermord organisierten Antisemitismus will mehr als die Hälfte der Bevölkerung einen Schlusstrich ziehen,<sup>3</sup> da kommt die vorgeblich akute Gefahr der vorgeblich drohenden ›Islamisierung des Abendlandes‹ wieder einmal passend.

Freilich mischt sich Altbekanntes mit neuen Möglichkeiten. Immer wiederkehrend ist zunächst die Erfindung einer unmittelbar drohenden extremen Gefahr, die vom ›System‹ ignoriert wird. »An dieser Stelle« – so Lutz Bachmann in seiner Rede auf der »Pegida«-Demonstration vom 12. Januar 2015 in Dresden – »ist es Zeit, ein Resümee der letzten Wochen zu ziehen. Fakt ist, wir haben eine Menge Staub aufgewirbelt und einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung aufgeweckt. Wir haben es geschafft, dass in der Politik nach 50 Jahren Totschweigens in Sachen Zuwanderung endlich Themen auf den Tisch kommen, welche bisher nur unter vorgehaltener Hand und in Hinterzimmern am Volke vorbei diskutiert wurden, weil sie zu unbequem sind.«<sup>4</sup> »Pegida« sieht sich als eine Gegenöffentlichkeit, die der ›Wahrheit‹ endlich ein Forum gibt. Da geht es, wie stets in Bewegungen der Politikverdrossenheit, darum, dass endlich das Volk Gehör findet: »Wir sind das Volk«, ruft man als Echo der 1989er ›Montagsdemonstrationen‹. Da propagieren die ›europäischen Patrioten‹ erst einmal die ›selbstbewusste Nation‹, rufen »Deutschland, Deutschland« und schwenken schwarz-rot-goldene und sächsische Fahnen. Da will man schlichtweg, dass Deutschland ›endlich erwacht‹ (der Anklang an den Kampfruf der nationalsozialistischen Bewegung entspricht dem Original).<sup>5</sup> Daher die Mobilisierung einer Masse, die sich als gefährdete Mehrheit aufspielt und doch selbst Verfolgung übt. Und dieses Wechselspiel der Überwältigung durch eine anonymisierte Masse, die ja gar nicht so groß, aber laut und sichtbar ist, und dem leerem Anspruch, ›für alle‹ zu stehen – diese Taktik folgt dann nicht dem Muster der ›friedlichen

3 Vgl. Matthias Drobinski: Die Schlusstrich-Befürworter. In: Süddeutsche Zeitung (26. Januar 2015) über die jüngst vorgelegte Studie der Bertelsmann-Stiftung.

4 Lutz Bachmann, zit. nach: <http://www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2015/01/Pegida-Rede-Lutz-Bachmann-12.-Januar-2015.pdf>. – Hervorhebungen W.S.

5 Vgl.: »Endlich erwacht Deutschland« – Ausruf eines »Pegida«-Demonstranten laut Anne Hähni: »Mein erstes Mal«. In Dresden protestieren fast fünfmal mehr Menschen gegen Islamisierung, als Muslime in der Stadt leben. Wer sind diese Demonstranten. In: Zeit-Online (11. Dezember 2014). – Im Internet hat sich diese Formel längst als Schlagwort (vgl. etwa <http://zeit-zum-aufwachen.blogspot.de/2014/12/deutschland-wach-auf-wir-kommen.html>, <http://ag-freies-deutschland.de/in-eigener-sache/deutschland-wach-endlich-auf/oder> <http://www.truth.getweb4all.com/wach-auf-deutschland/>) und Gruppenname für diverse Foren etabliert; vgl. etwa die Facebookgruppe *Wach auf Deutschland*.

Revolutionen« von 1989, sondern den tief eingepprägten Mobilisierungsstrategien einer Diktatur mit ihren Paraden und Kundgebungen.

Bei den Montagsmärschen werden die je individuellen »Pegida«-Anhänger in der Masse wie eh und je unkenntlich; zudem aber – und dies ist ein neuer Effekt – verbirgt der massive Auftritt von Marschierern, dass man es hier eigentlich mit einer virtuellen Struktur zu tun hat. Das Internet erweist sich als höchst geeignetes Forum für Meinungsäußerungen, die sich – als Gegenöffentlichkeit – jeder Überprüfbarkeit entziehen und jeder Haftbarkeit verweigern. Die »Bewegung« auf der Straße – »Pegida« – bildet dabei gleichsam nur die Oberfläche für eine Organisationsstruktur, über die wenig bekannt ist; Informationen darüber etwa, wie sich »Pegida« finanziert, bleiben der ›Medien-Öffentlichkeit‹, an der die überwältigende Mehrzahl der Deutschen teilhat, schlichtweg vorenthalten. »Pegida« ist zunächst eben eine Internetbewegung, über deren Struktur und Mitgliederzahl kaum Genaueres in Erfahrung zu bringen ist; der Facebookauftritt von PEGIDA zählt fast 160.000 Likes, und Unterstützerguppen wie die Facebookgruppen *ARD und ZDF und ihre neoliberalen Lügenmärchen* (ca. 13.600 Mitglieder), *Putinisten/Deutsche Freunde Putins* (ca. 10.800 Mitglieder) oder ...*Schurkenstaat Deutschland. ...gemeinsam gegen Missstände vorgehen* (ca. 1.100 Mitglieder) bilden ein ausgedehntes Netzwerk der Mobilisierung, das sich in ständiger Umgestaltung befindet.<sup>6</sup> Während die Formeln und die nachgereichten Forderungen von »Pegida« nichts Neues in der rechtsextremen Bewegung, die sich in der alten Bundesrepublik schon vor 1989 in der Medienöffentlichkeit artikulieren konnte, bieten,<sup>7</sup> übernimmt hier eine ins Internet transferierte unzivile ›Zivilgesell-

6 Vgl. auch Simon Hurtz: Digitaler Stammtisch. Ohne Facebook kein Pegida. In: *Süddeutsche Zeitung* (26. Januar 2015). Die nach eigener Einschätzung nicht repräsentative Studie von Werner Patzelt kommt zu einem etwas abweichenden Resultat; danach besuchen 44 % der Demonstranten regelmäßig die Facebook-Seite; der Mobilisierungseffekt im Netzwerk der ›Unterstützer‹ bleibt zu untersuchen. Patzelt bezweifelt allerdings die Schlüsselfunktion des Internets nicht grundsätzlich, folgert vielmehr: »Das Kommunikationsverhalten [d. i. die Internet-Nutzung] gerade eines Großteils der PEGIDA-Anhänger passt somit nicht zum zentralen Mobilisierungselement. Das könnte zur Achillesferse dieser weitgehend ›organisationsfreien‹ Bewegung werden.« Werner J. Patzelt: Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht (2. Februar 2015). In: [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/philosophische\\_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf), S. 11. – Zur ›explosionsartigen‹ Erweiterung des Marktes neuer Medien für rechtsextremistische Organisationsstrategien vgl. Uwe Backes u.a.: Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen. Göttingen: V & R unipress 2014 (auch online unter: [http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Backes\\_et\\_al\\_rechte-Mehrfach-Intensivtaeter\\_HAIT.pdf](http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Backes_et_al_rechte-Mehrfach-Intensivtaeter_HAIT.pdf)), S. 184 u. ö.

7 Vgl. die Vorabpublikation der einschlägigen Abschnitte aus dem *Handbuch Deutschsprachige Literatur der Migration seit 1945*. Hg. v. Walter Schmitz. Dresden: Thelem 2015. (Vgl. <http://www.tudpress.de/ThelemXTC2013/>).

schaft‹ zum ersten Mal in breiter Aufstellung die Straße; wenn es ehemals an den Stammtischen rumorte, so bilden sich jetzt Zirkel der Öffentlichkeitsverweigerung im Netz; während ehemals die ›schweigende Mehrheit‹ schwieg, so äußert sie sich jetzt lautstark, sagt aber nichts. Die gesamte Problemlast, die dem neuen Medium Internet eignet, wird durch »Pegida« anschaulich: Die Auflösung des Öffentlichen ins Private und damit die Preisgabe eines demokratischen zugunsten eines populistischen Politikverständnisses; die Anonymität, die bis zur Entstehung rechtsfreier Räume gehen kann; die Abschottung in der vorgeblichen, unendlichen Freiheit des Netzes, die das Entstehen von Verschwörungstheorien begünstigt;<sup>8</sup> der Ersatz von Begründungen durch bloße Willensbekundungen nach »Pegida«-Schema – ›dass es hier so wird wie in Berlin-Neukölln‹, das will ich nicht –, dann die Beschleunigung aller Prozesse bis zum ›flash mob‹ und ähnliches mehr. »Pegida« verachtet die ›alten Medien‹ und verlässt sich nur auf das neueste: »Pegida« zeigt, wie aus einem ›sozialen Netzwerk‹ ein Raum für Eingeweihte wird. Die Verschwörungstheorien »Pegidas« basieren auf dieser Funktion einer Netz-Gemeinde von Überzeugten, in der sich sonach nur noch Mitglieder wechselseitig vertrauenswürdig informieren – so wie ehemals in sozialen Nahgruppen, aber mit einem beachtlichen Maß an Anonymität. Eine öffentliche Diskussion solcher Tendenzen hat zwar längst eingesetzt, aber die politischen Folgerungen bleiben im technologischen Vorfeld: Ob ›Breitband für alle‹ den mündigen Bürger im Internet schaffen wird, bleibt abzuwarten. »Pegida« gibt hier kaum Anlass zur Zuversicht.

## II. »Pegida« – ein Mediencoup

Zur freien Meinungsäußerung in der Demokratie gehört die Demonstration; doch nicht nur Demokraten demonstrieren. Sich das verachtete ›System‹ zunutze machen – dazu gehört, seit es Gesinnungsgruppen mit Wahrheitsmonopol in demokratisch pluralen Mediengesellschaften gibt, eben die Besetzung des Forums der Medien. Zu diesem Zweck hat sich »Pegida«, Medienverachtung predigend, als ein Mediencoup etabliert; souverän hat die Bewegung die Möglichkeiten von Medienöffentlichkeit durch ihre symbolpolitische Mobilisierung

8 Zu diesem gerade für rechtsextreme Bewegungen fundierenden Effekt vgl. die vom Bundesministerium der Justiz geförderte Übersicht: Zwischen Propaganda und Mimikry. Hg. v. der Amadeu Antonio Stiftung. In: <http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Netz%20gegen%20Nazis2.0%20Internet.pdf>, bes. Johannes Baldauf: Rechtsextreme Verschwörungstheoretiker/innen. In: Ebd., S. 9–11. Für die Situation in Sachsen vgl. auch Johannes Baldaufs »Expertise der Amadeu Antonio Stiftung«: Die Bedeutung sozialer Netzwerke im ländlichen Raum. In: [http://opus.kobv.de/zb/volltexte/2014/23041/pdf/expertise\\_baldauf\\_soziale\\_netzwerke.pdf](http://opus.kobv.de/zb/volltexte/2014/23041/pdf/expertise_baldauf_soziale_netzwerke.pdf).

des öffentlichen Raumes genutzt: »Wir sind Thema« – so der damalige »Pegida«-Vorsitzende Bachmann in seiner Erfolgsbilanz<sup>9</sup> – »in sämtlichen Gazetten und Nachrichtensendungen der Welt, wir sind Thema der Weihnachts- und Neujahrsansprachen unserer politischen Elite, welche zwar unter aller Sau waren aber immerhin. Das ist ein riesiger Erfolg« – ein Medienerfolg für eine medienverachtende ›Bewegung‹: Der Coup gelang.

»Pegida« steht auch damit in einer Tradition, die in den einschlägigen Wissenschaften, die freilich nach »Pegida«-Auffassung zum ›System‹ gehören und deshalb zu Kenntnisnahme und Diskussion nicht taugen, doch gut erforscht ist. Vor allem rechtsextreme Bewegungen haben immer wieder ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, die Instrumente freiheitlicher Rechtsordnungen für das Ziel der Unterminierung dieser Rechtsordnung zu nutzen. Es ist ein Ärgernis, das es in einer Demokratie auszuhalten gilt. »Pegida« hat zunächst, um nicht als ›rechte Randgruppe‹ verstanden zu werden, für die jeweiligen Aufmärsche das in der jüngeren deutschen Geschichte hoch symbolträchtige Format der Montagsdemonstrationen gewählt und erklärt, die hier montags marschieren, seien ebenso wie 1989 in der DDR noch immer ›das Volk‹. Die (ehemalige) Sprecherin der Gruppierung, Kathrin Oertel, bezeichnet sich denn auch schlichtweg als ›eine ganz normale Frau aus dem Volk‹, die mit Politik eigentlich gar nichts im Sinn habe, aber angesichts unerträglicher Zustände nun doch einmal handeln müssen.<sup>10</sup> Komplementärfigur dieser selbständigen Geschäftsfrau, der Mutter dreier Kinder, ist bis zu seinem Rücktritt am 21. Januar 2015 der Vorsitzende Lutz Bachmann mit einer etwas bunteren, vor allem von kriminellen Delikten gegliederten Biographie, dem in Südafrika das Asyl verwehrt wurde, so dass er seine Strafe in Deutschland verbüßen musste. Wie weit hier die Repräsentanz für das Volk reicht, ist noch ganz offen – wie denn auch die Frage nach der generellen Repräsentativität von immerhin fast 30.000 Demonstranten für ein 80-Millionen-Volk.

Zunächst einmal ist es der Dresdner Bewegung nicht gelungen, sonderlich viel Resonanz in anderen Stadt-Öffentlichkeiten zu erzeugen. In Köln, wo im Oktober 2014 ein Bündnis der sich als antiislamistisch verstehenden *HoGeSa*

9 Lutz Bachmann, zit. nach: <http://www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2015/01/Pegida-Rede-Lutz-Bachmann-12.-Januar-2015.pdf>.

10 So Oertel am 18. 1. 2015 bei Günther Jauch, zit. nach Lenz Jacobsen: Vorsicht vor dem Volk. In Günther Jauchs Talkshow wird Pegida-Organisatorin Kathrin Oertel von Moderator und Gästen merkwürdig sanft behandelt. Nur einer wagt den Streit. In: Die Zeit-Online (19. Januar 2015).

(›Hooligans gegen Salafisten‹) immerhin 5.000 hoch gewaltbereite Aktivisten mobilisieren konnte, verliefen sich am 5. Januar 2015 einige hundert »Kögida«-Anhänger vor der symbolträchtigen Kulisse des Kölner Doms, dem der Domprobst die Beleuchtung abgeschaltet hatte. Die Symbolisierungsstrategie »Kögidas'« wurde gleichsam medial nicht sichtbar.

Durch ihre Dresdner Aktivitäten jedoch hat sich vor allem die Kommunikationsverweigerung von »Pegida« überregional als Kommunikationsbeschleuniger bewährt, so wie es den Regeln einer Mediengesellschaft entspricht. »Die jüngsten Demonstrationen waren geradezu belagert von Korrespondenten, die bemüht waren, die Pegida-Marschierer zu verstehen.«<sup>11</sup> Wer nichts sagt, provoziert Fragen und bündelt Aufmerksamkeit. Binnen kurzer Zeit beherrscht diese Dresdner ›Montagsbewegung‹ die Titelseiten der großen Zeitungen – der so genannten »Lügenpresse« – und diejenigen der Lokalpresse ohnehin. Sie ist in die Breitenmedien vorgedrungen; die Aufmacher seriöser Nachrichtensendungen, auch der von »Pegida« so gescholtenen öffentlich-rechtlichen Medien, sind den Dresdner Aufmärschen gewidmet. Experten kommen zu Wort, die Talkshows wenden sich dem Thema zu, und schließlich findet sich Frau Kathrin Oertel als Gast bei Günther Jauch, wo sie einer skeptisch interessierten Runde die Anliegen des Volkes in Dresden erläutert. Aber, wie jeder Publizierende weiß, eine negative Kritik ist immer noch besser als gar keine. Das Paradox einer Demonstration, die durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung geschützt wird, zugleich aber den Austausch von Meinungen entschieden verweigert – es bildet die leere Mitte eines Medien-Hypes.

Die Verweigerung von Inhalten erlaubt es zudem, dass sich hier eine Plattform für Projektionen bildet. Viele sind gegen vieles in einem Land, in dem es an Krisen, punktuellen Versagen, Sorgen der Einzelnen durchaus nicht mangelt. So bietet sich mit dem Schlagwort der Politikverdrossenheit der kleinste gemeinsame Nenner für ein Modell der Teilhabe, das sich auch in einem florierenden Demonstrationstourismus niederschlägt. – Am 19. 1. 2015 wurde für den Montagabend in Dresden durch die örtliche Polizeibehörde jede öffentliche Demonstration wegen Terrorgefahr verboten. Die Abendnachrichten der ARD brachten ein Kurzinterview mit einem enttäuschten älteren Ehepaar, das eigens aus Aachen – vom äußersten Westen weit in den Osten der Republik – angereist war, um sich nun ›selbst ein Bild zu machen‹. Die Sprachformel »Man wolle sich

11 Simon Teune: Kolossale Bühne für die Rassisten von Pegida. In: Süddeutsche Zeitung (28. Januar 2015).

selbst ein Bild machen« mit ihrem vertrauenerweckenden Beiklang mündiger Urteilsbildung ist freilich inzwischen so gängig geworden, dass sie fast zur Bedeutungslosigkeit zerschissen ist. Sie suggeriert scheinbare Authentizität und blendet ab, dass man für gewöhnlich bloß das sieht, was man schon weiß. Worin denn auch ein solches Bild bestehen könnte, wenn man am Rande oder mitten in einer Menge von zehn-, zwanzig- oder dreißigtausend Menschen steht, die Parolen skandieren und sich dem Gespräch mit Andersdenkenden verweigern, konnte in der Kürze der Zeit jedenfalls nicht gefragt werden. Die Masse selbst genügt als Argument.

### III. »Geht einmal euren Phrasen nach...«

Die Nachfrage, was eigentlich die Floskel »sich selbst ein Bild machen« bedeuten könnte, ist in der Stadt, in der Victor Klemperer die Macht einer Phrasensprache so präzise beobachtet hatte, offenbar nicht mehr dringlich. Klemperer hielt nach 1933 – als einer der Opfer einer Diktatur, die die phrasenhafte Rede mit bis dahin unerhörten Staatsverbrechen verband – eine genaue Prüfung des Sinns von Gerede, in dem etwa ›Juden‹ als ›volksfremde Schädlinge‹ bezeichnet wurden, für dringlich. Lutz Bachmann, zentrale Figur unter den »Pegida«-Initiatoren, spricht von »Drecksack« und »Viehzeug«;<sup>12</sup> dass ›die Ausländer‹ hierherkommen und »Bazillen und sonstwas mitbringen«,<sup>13</sup> gehört ebenfalls zum Repertoire rassistischer Diskriminierung. Die Dresdner »Pegida«-Anhänger bestreiten freilich eine solche Zuordnung; sie nehmen offenbar die Kontinuität des Vokabulars weder in der Tradition des Dritten Reiches wahr noch in der kürzeren Zeitspanne, die zurück in die 1990er Jahre führt, als eben solche Formeln – man sei nicht ausländerfeindlich, aber... – die Gewalttaten in Rostock-Lichtenhagen begleiteten. – An Klemperers Einsicht, dass mit Worten Taten vorbereitet werden, zu erinnern, bedarf es umso mehr angesichts der weiteren »Pegida«-Redestrategie, die sich nicht etwa in denjenigen Äußerungen der Exponenten der Bewegung zeigt, die in eine breitere Öffentlichkeit lanciert werden. Diese Strategie beherrscht vielmehr die Binnenkommunikation, die von den Veranstaltungen selbst ausgeht. Es ist das ständige Spiel zwischen Provokation und Distanzierung. Lutz Bachmann posiert für ein Foto in Hitler-Maske – ein Scherz, den nur Spielverder-

12 Zuletzt bekannt gemacht in der BILD-Zeitung (20. Januar 2015); dazu unten.

13 Vgl. Jasmin Klofta: Dresden heute, Rostock damals: was gelernt? In: Panorama (ARD, 29. Januar 2015, 21:45 Uhr); dort auch die parallelen Tondokumente aus Rostock-Lichtenhagen 1992 und Dresden 2015.



ber ernst nehmen können.<sup>14</sup> Man skandiert »Lügenpresse«, die Organisatoren erklären, die nationalsozialistische Herkunft dieses Wortes stelle sie selbstverständlich nicht in diese Tradition. Man hält Plakate »Islam = *Karzinom*« hoch.<sup>15</sup> Das sind selbstverständlich Exzesse, für die die Organisatoren leider keine Verantwortung übernehmen können. Es finden sich bekannte Repräsentanten der Neonaziszene, doch das sind nur Mitläufer, die anscheinend nicht zum ›Volk‹ gehören, das damit nichts zu tun hat. Man vermeidet im Auftreten jeden Anklang an Radaupopulismus, verbietet Bierflaschen und Randalen und singt Weihnachtslieder, aber die Bewunderung für den Autokraten Wladimir Putin, in dessen Russland die Presse auf eine volksmäßige und Putin genehme ›Wahrheit‹ – russisch *Prawda* – verpflichtet ist, wird ja niemand übelnehmen wollen. Der Schriftsteller Uwe Tellkamp hat in seinem Roman *Der Turm* das Dresden vor 1989 als den äußersten Ort des Sowjetimperiums – »Dresdengrad« – geschildert. Ob der Ruf »Putin hilf uns«, der ein »Pegida«-Plakat ziert, in diese Richtung weist, lässt sich freilich wiederum nicht klären, da weitere Kommentare fehlen.

Dass Worte somit Taten werden«, ist allerdings die Grundformel des Terrors seit der französischen Revolution. Dass man Taten herbeireden kann, zeigte schon 1835 Georg Büchners historisches Revolutionsdrama *Dantons Tod*: ›Geht einmal euren Phrasen nach, das alles habt ihr gesprochen‹. Das müssen sich die Revolutionsführer angesichts der Opfer ihrer Reden vorhalten lassen: ›Volks‹-Reden, in denen – weiter laut Büchner – ›jedes Komma ein Säbelhieb und jeder Punkt ein abgeschlagener Kopf‹ ist. ›Säbelhiebe‹ und ›abgeschlagene Köpfe‹ gelten in Westeuropa als Terrorakte; dass jedoch Terror von rechts – mit fortschrittlichen Waffen – in Deutschland im 21. Jahrhundert möglich sein könnte, hat man lange nicht wahrhaben wollen. Dass eine Brutalisierung des Miteinanders dem vorarbeitet, ist eine einfache, aber offenbar nicht jedermann zugängliche Einsicht und Erfahrung.

Vorgearbeitet wird solchen Entwicklungen mit dem ›Pflastersteineffekt‹. Zwar gehört er – soweit ich weiß – nicht zu den Fachausdrücken der Gesellschaftswissenschaften, aber er bewährt sich immer neu: Es ist das Rezept einer gewaltbereiten Demonstrationsstrategie, wobei Gewalt nicht nur mit Pflastersteinen,

14 Vgl. BILD-Zeitung (20. Januar 2015). Mit der Veröffentlichung dieses Fotos in der BILD-Zeitung wurden offenbar Spannungen im Vereinsvorstand verschärft und es kam zu einer – von Bachmann eingeleiteten – Rücktrittsserie. Am 9. Februar stand er allerdings wieder für »Pegida« auf der Bühne.

15 Michael Bittner: Das Ende der Pegida. In: <http://michaelbittner.info/2015/01/14/das-ende-der-pegida/> (14. Januar 2015).

sondern auch mit Worten ausgeübt werden kann. Wer Aufmerksamkeit will, muss Pflastersteine werfen – oder zumindest Tabubrüche begehen.<sup>16</sup> Gerade das Verfahren des Tabubruchs, begleitet von der Standardformulierung ›man wird das doch noch sagen dürfen‹ und damit der Evokation des Grundrechts auf Meinungsfreiheit, hat sich in den 1990er Jahren in der politischen (Un-)Kultur Deutschlands tief eingebürgert. Nach den Gründen wäre genauer zu fahnden.

Dass öffentliche Rede eine Atmosphäre alltäglicher Diskriminierung schaffen kann, ist inzwischen längst in die Selbstverständigung der pluralen Gesellschaft des Westens eingedrungen. Die oft in ihrer Strenge bespöttelte Forderung nach ›political correctness‹ auch in der Rede hat in dieser Einsicht ihren Ursprung. Für »Pegida« bedeutet Achtsamkeit im Sprechen, sofern damit eine Rücksicht auf die Gleichbehandlung der Geschlechter in der Grammatik festgeschrieben wird, eine arge Provokation; empört ist sie über das »wahnwitzige ›Gender Mainstreaming‹«, besonders gegen eine »zwanghafte, politisch korrekte Geschlechtsneutralisierung unserer Sprache«.<sup>17</sup> Die Folgen unbedachten Redens sind schwer zu messen. Nachdem im Jahr 2011 allmählich das gesamte Ausmaß der Terroraktivitäten des sogenannten *Nationalsozialistischen Untergrunds*, einer vom sächsischen Zwickau aus agierenden neonazistischen Zelle, offenkundig wurde, erklärte der sächsische Innenminister Markus Ulbig, man müsse nun doch auch einmal bedenken, was man sage, und solle doch nicht mehr am Abendbrottisch im familiären Kreis etwa von ›Fidschis‹ reden, wenn Vietnamesen gemeint sind.<sup>18</sup> Verstöße gegen solche Konventionen des Respekts sind schwer zu ahnden; doch die Verantwortung jedes Einzelnen für seinen Wortgebrauch – und erst recht die Verantwortung einer ›Bewegung‹ – ergibt sich aus der Verpflichtung auf europäische Werte wie Toleranz und überprüfbare Vernunft. »Pegida« hat – wie erwähnt – Erfolge zu verzeichnen. Durch den Verzicht auf politische Positionierung und Argumentation gewann die Bewegung Gehör bei der etablierten Politik. Diesen paradoxen Übersprung gilt es zu erklären. Einen Ansatz bieten die Meinungen über die Zusammensetzung der

16 Vgl. auch Simon Teune: Kolossale Bühne für die Rassisten von Pegida. In: Süddeutsche Zeitung (28. Januar 2015), der darauf verweist, dass erst die »massive Berichterstattung [...] das lokale Phänomen Pegida groß[machte]« und dass die »Obsession« der Politik »für Pegida [...] ein übeleregendes Schlaglicht darauf [wirft], wer in der Bundesrepublik Verständnis und Aufmerksamkeit erwarten kann.«

17 Positionspapier der Pegida. In: [www.lvz-online.de/f-Download-d-file.html?id=2942](http://www.lvz-online.de/f-Download-d-file.html?id=2942).

18 Martin Machowecz/Stefan Schirmer: Schluss mit der Gelassenheit. [Interview mit dem sächsischen] Innenminister Markus Ulbig (CDU) über seinen Sinneswandel beim NPD-Verbot, Schläger im Landtag und die Frage, ob der Terror auch Sachsen betrifft. In Zeit-Online (8. Dezember 2011).

»Bewegung«, und sie bieten diesen Ansatz vor allem deshalb, weil sie wiederum auf unbedachte Redemuster zurückgehen.

#### IV. Erfolg und der ›Trug der Mitte‹

Im Januar 2015, als die ›Bewegung‹ in Dresden eskaliert, setzt zugleich ein Wettstreit der Experten ein. Das Institut für Politikwissenschaft / Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Prof. Hans Vorländer, legte eine erste Befragung der ›Marschierer‹ vor, die freilich aufgrund der Kommunikationsverweigerung der Anhänger keineswegs repräsentativ ausfallen, sondern lediglich ein erstes oberflächliches Bild bieten konnte;<sup>19</sup> zeitnah folgte eine weitere Internet-Befragung, die von dem Soziologen Dieter Rucht, Leiter der abgeschlossenen Forschergruppe *Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa*, durchgeführt wurde;<sup>20</sup> dann, am 2. Februar 2015, folgte wiederum aus dem TU-Institut für Politikwissenschaft, diesmal vom Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich, Prof. Werner Patzelt, eine weitere »nicht repräsentative Studie«.<sup>21</sup> Eine weitere Studie hatte am 23. Januar 2015 das Institut für

19 Vgl. im Folgenden Hans Vorländer: Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern. In: <http://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/praespeg>. Die schmale Veröffentlichung besteht aus Tabellen. Nicht erörtert wird die Zusammensetzung des Samples, der Stichprobe, deren Repräsentativität zumindest zwei Überlegungen Eintrag tun. Zum einen umfasst sie nur diejenigen, die bereit waren mit den Vertretern des abgelehnten ›Systems‹ zu reden – 400 von ca. 1.250 nach Auskunft der Verfasser. Es ist zu vermuten, dass die Mitglieder dieser Gruppe tatsächlich weniger verfängliche Positionen vertreten, die zu äußern sie weder Restbefangenheit noch strategische Überlegung hindern. Eine Redestrategie des Verschweigens muss man freilich zum zweiten aus langer Erfahrung mit der rechtsextremen Kommunikationsstrategie von Extremisten generell in Anschlag bringen. Es ist hier nicht der Ort für eine Methodenkritik an dieser wie den folgenden Studien; es wäre für eine wissenschaftsbasierte Diskussion aber vielleicht doch hilfreich, sich auf verlässliche, anstatt auf vorläufige Daten von begrenzter Aussagekraft zu stützen. – Aufschlussreich ist der Bericht von Heinz Bude und Ernst-Dieter Lantermann: Besorgt, beleidigt und zurückgesetzt. Wer sind die Anhänger von Pegida? In: *Süddeutsche Zeitung* (23. Dezember 2014); sie beziehen sich auf eine frühere Studie, die nach den Gruppen fragt, die jene weit bekannte Äußerung des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, wonach der Islam zu Deutschland gehöre und die gegenwärtig von der Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederholt wird, ablehnen. Mit Kurzbezeichnungen wären dies die Gruppen der ›verhärteten Selbstgerechten‹, die kleinste Gruppe, dann die etwas größere »Gruppe von grundsätzlich Beleidigten«, die von Ausschlussempfinden geplagt sind (etwa 9 % der Befragten) und die letzte ebenso große »Gruppe der Zurückgesetzten«, die trotz »relativ hoher Bildung in prekären finanziellen und beruflichen Verhältnissen« leben und sich »um das Erreichen ihrer Lebensziele« betrogen fühlen. Sie sind durchaus für eine offene Gesellschaft, aber diese Offenheit hört auf, wenn es um Muslime geht.

20 Vgl. den Bericht zur Studie: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. Berlin, 28. Januar 2015. In: [https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/01/protestforschung-am-limit\\_pegida-studie.pdf](https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/01/protestforschung-am-limit_pegida-studie.pdf).

21 Vgl. Studie sieht Fremdenfeinde bei Pegida in der Minderheit. In: *Zeit-Online* (3. Februar 2015).

Kommunikationswissenschaft / Professur für Kommunikationswissenschaft I, Prof. Wolfgang Donsbach, vorgelegt; diese sei – laut Selbstauskunft – wegen eines anderen methodischen Zugang »wissenschaftlich verwertbar«. <sup>22</sup> In jener ersten, hier der Einfachheit halber Vorländer-Studie genannten Befragung gaben 54 % der nicht repräsentativen Stichprobe ›Unzufriedenheit mit der Politik‹ als Grund für ihre Teilnahme an den Märschen an; lediglich 15 % bekennen sich zu grundlegenden Vorbehalten gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern, ohne Differenzierung im Blick auf den ›Islam‹. Allerdings verbirgt sich in der Sammelkategorie der ›Unzufriedenheit‹ auf Nachfrage doch ein Anteil von 34 %, die unzufrieden sind mit der Handhabung von Asylpolitik, Zuwanderung und Integration. Inwieweit sich die Kategorien überlappen, ist aus der Studie nicht ersichtlich. Die Gefahr der ›Islamisierung des Abendlandes‹ bewegt laut jener Umfrage nur 23 % der protestierenden ›europäischen Patrioten‹, 77 % hingegen nicht. Das erstmals am 10. Dezember 2014 vorgelegte Positionspapier der »Pegida« hingegen beruft sich auf »Erhaltung und [...] Schutz unserer christlich, jüdisch geprägten Abendlandskultur.« – Unter den Teilnehmern der Befragung wiederum geben zur Konfession 73 % ›keine‹ an. – Insgesamt sehen die Dresdner Studien aus dem politikwissenschaftlichen Institut weniger Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und mehr Politikverdrossenheit und Frustration als Motiv der »Pegida«-Demonstranten; Patzelt differenziert in dieser zweiten Gruppe dann noch in »empörte« und »besorgte« Gutwillige;<sup>23</sup> die Berliner Studie hingegen sieht ein größeres rechtsextremes Potential.<sup>24</sup>

Nicht einzuschätzen ist die Verzerrung, die allein aus der Bereitschaft, Auskunft zu geben, resultiert. Wer seine Meinungen nicht kundgeben will, dürfte eher zum rabiaten Kern der Bewegung zählen als die, die den verachteten Intellektuellen, den Medien etc. antworten. Geradezu gemäßigt gibt sich dann jenes Positionspapier sowie der kürzere nachgereichte Katalog der sechs Punkte der

22 W. D. / M. B.: Auf der Suche nach Antrieben. In: Dresdner Universitätsjournal (3. Februar 2015). Befragt wurden, um Verzerrungen zu vermeiden, nicht die Demonstrationsteilnehmer, sondern eine Zufallsstichprobe der Bevölkerung, um zu klären, welche politischen Einstellungen Sympathien für »Pegida« fördern; vgl. im Einzelnen: [https://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/bereiche/gsw/aktuelles/news/news\\_article.2015-01-27.9900678214](https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/bereiche/gsw/aktuelles/news/news_article.2015-01-27.9900678214).

23 Werner J. Patzelt: Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht (2. Februar 2015). In: [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/philosophische\\_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf), S. 26.

24 Vgl. nochmals die Studie der Gruppe um Dieter Rucht: Protestforschung am Limit (wie Anm. 20), S. 27 f. – Die Donsbach-Studie sieht gewichtige Vorbehalte gegenüber Fremden, aber geringere gegenüber dem Islam.

»Pegida«.<sup>25</sup> Die Forderungen sind bunt gemischt. Kriegsflüchtlinge und politisch oder religiös Verfolgte sollen aufgenommen werden; das Recht auf Asyl umgesetzt werden. Gefordert wird, »eine Pflicht zur Integration ins Grundgesetz aufzunehmen«, komplementär dazu auch ein Recht auf Integration. Notwendig scheint der Bewegung auch die »sexuelle Selbstbestimmung« und der Kampf gegen die »Gender«-Sprache«. Zumindest der letzte Punkt müsste also bei der Forderung nach Integration gestrichen werden. An feministische Rede sollten sich die ZuwandererInnen nicht anpassen.

Unbeantwortet bleibt die – vernünftige – Frage, worauf Integration eigentlich zielt und wie sich das Recht und die Pflicht der Integration umsetzen lassen. Wer soll sich wie integrieren? Hat etwa jeder Zuwanderer ein Recht auf einen Ausbildungsplatz, damit er sich integrieren kann? Und jede Zuwanderin? Sind Firmen verpflichtet, Zuwanderer mit Vorzug einzustellen – affirmative action –, damit denen die Integrationschance nicht genommen wird? Sollen Zuwanderer, die dann trotzdem arbeitslos werden, zunächst wie jeder Arbeitnehmer in den Genuss der Sozialversicherungsleistung kommen, dann nach einer bestimmten Zeit ausgewiesen werden, weil ihre Integration nicht gelungen ist? Oder ist die Integration in die Sozialversicherungssysteme nicht gerade »typisch deutsch«? Entscheidet sich Integration an der Beherrschung der deutschen Sprache oder gar an der Bereitschaft zur Teilnahme an einer christlich-jüdischen Tradition des Abendlandes? Sollten dann die 73 % der »Pegida« Anhänger, die sich – laut Vorländer-Studie – nicht mehr zum Christentum bekennen (und zum Judentum bekennt sich offenbar ohnehin von ihnen niemand) nun vielleicht selbst erst zur Integration gezwungen werden oder gilt Integrationspflicht nur für diejenigen, die von außen kommen, während denen, die das Privileg haben, in Deutschland geboren zu sein, alle Optionen offen stehen – bis hin zur Kriminalität? Gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern und Migranten fordert »Pegida« »eine Nulltoleranzpolitik«. Ist es für Opfer angenehmer, von einem deutschen Mörder ermordet zu werden? – Es stellen sich viele Fragen, doch im Vorfeld jener lapidaren sechs Forderungen hat Lutz Bachmann bereits erklärt: man dürfe »gespannt sein, [...] was die Medien draus machen«.<sup>26</sup> Die Medien haben die Forderungen jedenfalls publik gemacht und damit noch einmal gezeigt, dass

25 Vgl. Stefan Locke: Pegida-Pressekonferenz. Die Medienkritiker treten vor die Medien. In: FAZ (19. Januar 2015).

26 So Lutz Bachmann in seiner Rede auf der Demonstration in Dresden vom 12.1.2015; zit, nach: <http://www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2015/01/Pegida-Rede-Lutz-Bachmann-12.-Januar-2015.pdf>.

die Medienstrategie von »Pegida« erfolgreich ist. Und ungeklärt bleibt, warum Leute, die – in jenen Umfragen etwa – sich selbst nicht für Ausländerfeinde oder gar Rassisten halten, die eigentlich nur ernstgenommen werden und – vielleicht – ›die Politik endlich auf das Problem Zuwanderung‹ aufmerksam machen wollen – warum also diese Leute dann an Demonstrationen teilnehmen und Stimmführern folgen, die sich keineswegs vor dem Vokabular des Rechts-extremismus scheuen.

Nach der ersten Verblüffung angesichts des Mobilisierungspotentials von »Pegida« griffen relativ zügig einige Reaktionsmuster Platz, die ebenfalls zum Inventar politischer Rede in Deutschland zählen. ›Niemanden ausgrenzen‹ – das sei das Gebot der Stunde, wurde von Vertretern ›der Politik‹ erklärt. »Pegida« – das sei kein Protest einer wirren Randgruppe, vielmehr kämen die Marschierer ›aus der Mitte der Gesellschaft‹. Die Vorländer-Studie lieferte dazu scheinbar die Befunde. Die meisten sind berufstätig, 38 % verfügen über einen Realschulabschluss, 16 % über ein Abitur und 28 % über einen Hochschulabschluss. Da es sich demnach um Menschen ›aus der Mitte der Gesellschaft‹ handle, so die Folgerung, dürfen sie auch nicht ausgegrenzt werden. Man müsse schließlich ›die Sorgen der Menschen‹ ernst nehmen, und man müsse ›mit den Menschen reden‹.<sup>27</sup> Soweit also das Inventar der elementaren Rede- und Denkfiguren.

Es wird in solchen Reden, anscheinend unbewusst, ein statistischer Begriff der Mitte unvermerkt gegen einen normativen ausgetauscht. Die Mitte der Gesellschaft, das ist nicht nur die quantitative Mitte, denn dann stünde den 30.000 »Pegida«-Marschierern ja eine ungemein höhere Zahl an Nichtteilnehmern gegenüber – von den Gegendemonstranten, die man ja gewiss nicht marginalisieren will, ganz zu schweigen. »Pegida«, so hatte Gregor Gysi, der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, nach den zahlreichen Gegendemonstrationen resümiert, »ist nicht das Volk, sondern das Gegenteil davon«.<sup>28</sup> Wenn die »Pegida«-Anhänger tatsächlich ›aus der Mitte der Gesellschaft kommen‹, so haben sie

27 Vgl. die Folgerung Teunes: »Aber als politische Haltung ist die doppelte Botschaft von Abgrenzung und Dialogbereitschaft höchst problematisch« – und zwar mittlerweile in beiden Regierungsparteien, in CDU wie SPD. Bis auf die AfD galt dabei lange der Grundsatz: Wir sprechen mit den ›besorgten Bürgern‹, aber nicht mit den Organisatoren – so etwa Siegmund Gabriel: »Ich würde jetzt auch nicht mit Organisatoren reden, die im Neo-Nazi-Raum stehen. Aber mit den Menschen, die dort hingehen, die Sorgen haben, und die verärgert sind über die Politik, natürlich muss man mit denen reden.« (Simon Teune: Kolossale Bühne für die Rassisten von Pegida. In: Süddeutsche Zeitung [28. Januar 2015]). Dieser Konsens wurde durch das Gespräch des sächsischen Innenministers Markus Ulbig am 26. 1. 2015 mit Kathrin Oertel erstmals aufgegeben.

28 »Pegida ist nicht das Volk«. In: Süddeutsche Zeitung (14. Januar 2015).

diese verlassen. Auch wenn die Mehrzahl der Marschierer – ihren statistischen Daten zufolge – nicht zu den sozial deklassierten und marginalisierten zählt, auch wenn sie ihre statistischen Daten mit vielen teilt, so wird man sie noch immer nicht als die ›Mitte der demokratischen Gesellschaft‹ bezeichnen dürfen, sondern allenfalls als die Zerstörer dieser Mitte. Die Dresdner ›Bewegung‹ repräsentiert keineswegs die ›Mitte der Gesellschaft‹, sondern ein Auseinanderfallen der ›Mitte‹, ein Wegdriften in Extreme. Der ›Extremismus der Mitte‹<sup>29</sup> wurde schon zur Erklärung der Radikalisierungstendenzen in der Weimarer Republik benannt; wer ihnen folgt, verliert die Mitte.

Es sind nicht die ›Sorgen‹ dieser Menschen, die man ernst nehmen muss, sondern sie selbst geben allen Anlass zur Sorge. Dennoch lässt sich die Zuwendung, wie sie »Pegida« bei den politischen Repräsentanten des Freistaates Sachsen – und darüber hinaus – erfahren darf, aus einer Verschränkung mehrerer Motive erklären. Da ist zum einen die Politikverdrossenheit. »Pegida«, das ist die Politik der Unpolitischen, des ›wahren Volkes‹ eben – das ›endlich handeln‹ will. Wie dieses Handeln aber aussehen könnte, wie also Politik tatsächlich zu gestalten wäre, dazu äußern sich die Reden der »Pegidisten« gerade nicht. Offenbar, so vermutet Ingo Schulze, »fehlen die geeigneten Begriffe: An die Stelle von Gesellschaft tritt Volk, statt von sozialer Ungerechtigkeit zu sprechen, prangert man jene an, die angeblich arbeitsscheu sind, der permanente Kniefall der Politik vor den Forderungen der Wirtschaftslobby wird auf die Fremdbestimmung von Brüssel reduziert.«<sup>30</sup> Damit wird ein Gefühlshorizont der Verdrossenheit und des Unbehagens eröffnet. Die wenigsten Politiker aber möchten in der aufgeheizten Atmosphäre im Januar 2015 schlichtweg den ›Dialog verweigern‹ und somit den Verdrossenen einmal zumindest scheinbar recht geben. – Da ist zum anderen die im Christentum verwurzelte Sorge um die Irregehenden, herrscht doch – laut einem Gleichnis Jesu – im Himmel mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte. Man glaubt an die Kraft des Gesprächs, schiebt dabei die Prämissen rationaler Kommunikation beiseite und vergisst den normativen Anspruch an jede demokratische Gesprächsteilhabe.<sup>31</sup> – Aber es geht

29 Der Begriff geht auf den amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset zurück, der u. a. damit die Wahlerfolge der Nationalsozialisten erklärte; vgl. ders.: Der »Faschismus«. Die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11 (1959), H. 3, S. 401–444.

30 Ingo Schulze: Die nützlichen Idioten. Für die Regierenden sind Pegida-Demonstranten eine bequeme Opposition. Denn die eigentlichen Fragen werden nicht gestellt. In: Süddeutsche Zeitung (29. Januar 2015).

31 Dabei würde es genügen, dem nachdrücklichen Hinweis in den »Pegida«-Papieren auf das Vorbild Schweiz einmal nachzugehen. Dort ist – unter den Bedingungen einer direkten Demokratie – seit den

– zum dritten – auf Erden ja ohnehin wohl eher um Interessen und um ein Wählerpotential. Um den rechten Rand einzubinden, wertet man ihn auf – und gibt ›die Mitte‹ preis.<sup>32</sup> Vielleicht trägt man so dem Bündnis eines herkömmlichen ›Honoratiorenkonservativimus‹ mit einer Politik der Straße, die sich als »neue, vergiftete Form der Volkssouveränität« präsentiert, Rechnung; dieses Bündnis ist nach Belieben eher eng oder lose; vorhanden ist es in jedem Fall.<sup>33</sup> So folge – nochmals laut Simon Teune – » [d]ie »Bereitschaft zahlreicher Parteipolitiker zum Gespräch mit Pegida-Anhängern [einem] klaren Kalkül«; sie »entspricht der wohl realistischen Einschätzung der eigenen Wählerschaft, die alles andere als frei ist von den in Dresden auf die Straße getragenen Ressentiments.«<sup>34</sup> Dies gilt nicht nur in Dresden und Sachsen; doch mag – viertens – die unsichere Reaktion der sächsischen Landespolitik auch symptomatisch für eine spezielle, gering entwickelte Praxis politischer Kommunikation sein: Man macht Politik, stellt sie aber nicht zur Diskussion.<sup>35</sup> Auf Leistungen wie den »Heim-TÜV«, den der Ausländerbeauftragte Martin Gillo entwickelt und eingeführt hatte,<sup>36</sup> wurde öffentlich nicht verwiesen; stattdessen wurde – öffentlichkeitswirksam – eine Polizei-Sondereinheit zur Bekämpfung von Ausländerkriminalität ins Le-

Schwarzenbach-Initiativen der Jahre 1970 und 1977 wieder jene Maxime, die bereits zur Abweisung der Flüchtlinge aus dem Dritten Reich genutzt wurde, wieder in Kraft gesetzt worden: »Das Boot ist voll«; ›Überfremdung‹ drohe nicht nur, sie habe längst schon eingesetzt. Vollends die Schweizerische Volkspartei des Christoph Blocher hat diese Redeweisen gleichsam selbstverständlich gemacht – und ihnen mediale Foren wie die ehemals liberalen Blätter *Basler Volkszeitung* und *Weltwoche* (Zürich) verschafft; freilich sind hier als bedrohlich nicht nur die notorischen Türken, Südländer etc. sondern auch die hochqualifizierten Deutschen ins Visier geraten, ›die den Schweizern die Stellen wegnehmen‹; vgl. als erste Übersicht den einschlägigen Abschnitt in: Handbuch: Deutschsprachige Literatur der Migration seit 1945 (wie Anm. 7).

- 32 Simon Teune spricht von einem »absurden Dreh: Die völkische Stoßrichtung geriet zur Nebensache. Stattdessen steht die Republik nun zum Dialog mit Pegida Schlange.« Simon Teune: Im Pegida-Fieber. Die antiislamischen Proteste sind ein lokales Phänomen. Erst die Medien und fragwürdige Aufrufe zum Dialog haben sie groß gemacht. In: *Süddeutsche Zeitung* (28. Januar 2015).
- 33 Vgl. Gustav Seibt: Die Herrschaft des Verdachts. Deutsche Ungewissheiten zwischen Euro-Krise und Medienschelte, zwischen Putin und »Pegida«. Der reanimierte Konservatismus scheint jetzt Gefallen an der Revolution zu finden. In: *Süddeutsche Zeitung* (20. / 21. Dezember 2014).
- 34 Simon Teune: Im Pegida-Fieber. Die antiislamischen Proteste sind ein lokales Phänomen. Erst die Medien und fragwürdige Aufrufe zum Dialog haben sie groß gemacht. In: *Süddeutsche Zeitung* (28. Januar 2015).
- 35 Vgl. Dietrich Herrmann: Warum gerade Dresden? In: <http://www.boell.de/de/2015/01/14/dresden-staat-zivilgesellschaft-pegida>.
- 36 Vgl. die Pressemitteilung des Sächsischen Landtags vom 11. März 2014: Agieren statt reagieren! In: [http://www.landtag.sachsen.de/de/integration\\_migration/aktuelles\\_presse/pressemitteilungen/6844\\_10778.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/integration_migration/aktuelles_presse/pressemitteilungen/6844_10778.aspx); weiterhin Martin Machowecz: Als Ausländerbeauftragter des Freistaats muss sich Martin Gillo vor allem um die Sachsen kümmern. In: *Zeit-Online* (24. Februar 2011); vgl. künftig auch Martin Gillo: Wer wird Deutschland? In: »Wer ist Deutschland?« *Demographische Krise und Migration in Politik, Gesellschaft und Kultur*. Hg. v. Joachim Klose, Kristina Kocyba u. Walter Schmitz. Dresden: Thelem (i.V.)



ben gerufen. Die Ergebnisse einer vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Zusammenarbeit u.a. mit dem Landes- und dem Bundeskriminalamt, dem Operativen Abwehrzentrum (OAZ) und dem Kriminologischen Dienst im Strafvollzug erarbeiteten Studie *Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen* legen allerdings eher die Einrichtung einer SoKo ›Rechtsradikalismus‹ nahe, wie sie schon einmal Anfang der 1990er erfolgreich bis zu ihrer Auflösung tätig war.<sup>37</sup>

Und mit der programmatischen Unschärfe des Ressentiments kann man sich im Alltagsgeschäft der Politik sehr wohl einrichten; es ist – so nochmals Ingo Schulze – eine »bequeme Opposition«, die keine Klarheit in den heiklen ›Megathemen‹ fordert, sondern mit einer Verschärfung der ›Ausländerpolitik‹ schon zufrieden wäre.<sup>38</sup> – Und schließlich: Selbst diejenigen, die in der politischen Verantwortung stehen, mögen ja durchaus den Eindruck der Ohnmacht angesichts der ›Megathemen‹ der Gegenwart teilen, von der Finanzkrise über den Krieg im Nahen Osten und den Terror, der sich auf den Islam beruft, bis zum Klimawandel.

Nun können sich durchaus für den Einzelnen all die umfassenden und komplexen Krisenthemen, verbunden mit der Problemlast der je persönlichen Situation, zuletzt zu einem Gefühl genereller Unverlässlichkeit und Orientierungslosigkeit summieren, zur Angst, fremd im eigenen Land zu werden, gleichsam ›heimatlos‹. Die jüngste Renaissance des Heimatbegriffes spricht für eine solche mitfühlend besorgte Analyse: Allerdings bietet sich dann, wenn ›Heimat‹ nur evoziert wird, allzu leicht der ›Fremde‹, der in ›unsere Heimat‹ kommt, als Sündenbock an. Die Imagination der drohenden Überfremdungsgefahr lässt eine merkwürdig gemischte, real-imaginäre Bedrohungsfigur dieses ›Fremden‹ entstehen – als Ursache und Symptom der Gefahr. Eine solche Projektion, die ›patriotisch‹ die ›Heimat‹ schützen und bewahren will, schädigt – zum einen – diejenigen, die ihr verfallen: »Gegen eine Verflüchtigung des Hier [der Geborgenheitswelt der ›Heimat‹] im Irgendwo [globalisierter Wanderungsströme und ›alternativloser‹ abstrakter Zwangsordnungen] helfen«, so hat es Bernhard Waldenfels einmal

37 Vgl. Uwe Backes u. a.: *Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen*. Göttingen: V&R unipress 2014 (auch online unter: [http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Backes\\_et\\_al\\_rechte-Mehrfach-Intensivtaeter\\_HAIT.pdf](http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Backes_et_al_rechte-Mehrfach-Intensivtaeter_HAIT.pdf)).

38 Nochmals Ingo Schulze: *Die nützlichen Idioten*. Für die Regierenden sind Pegida-Demonstranten eine bequeme Opposition. Denn die eigentlichen Fragen werden nicht gestellt. In: *Süddeutsche Zeitung* (29. Januar 2015).

treffend formuliert, »keine Anklammerung an ein geschlossenes Wir und keine Abwehr des Fremden. Dies sind Ausflüchte eines reaktiven Denkens, das es nicht wagt, sich dem Fremden und Neuen auszusetzen. Mauern, mit denen wir andere ausschließen, schließen uns selbst ein wie Gefängnismauern.«<sup>39</sup> Und dass dieses ›Fremde und Neue‹ bislang die Lebenswelt Sachsens gerade nicht prägt, erleichtert wohl solche Projektionen ins Imaginäre, die freilich dann – zum anderen – reale Personen treffen, die hier leben oder hierher kommen und die Folgen dieser kursierenden Vorurteile schnell zu spüren bekommen. Darin gibt es eine schmachvolle Tradition im wiedervereinigten Deutschland seit den Gewaltexzessen von Hoyerswerda (1991), Rostock (1992), Solingen (1993) und Mügeln (2007), dann aber auch in einer spezifisch sächsischen Serie von politisch motivierten Gewalttaten bis hin zum Mord.<sup>40</sup> Wer nun, aus welchen Motiven auch immer, diesen Übersprung in die Sündenbockprojektion mitmacht, wer einer Organisation folgt, deren Anführer – Lutz Bachmann – sich als Hitler fotografieren lässt, wer die Hetzparolen und Tiraden der Verachtung wiederholt, deren Folgen schon vielfältig sichtbar sind – der entwertet die eigenen Sorgen und wird selbst nur zum Anlass viel größerer Bedenken und Vorbehalte. Vor allem muss dafür Sorge getragen werden, dass diese Haltung, die zur Zerstörung der demokratischen Mitte führt, nicht gebilligt und aufgewertet wird.

## V. Die kulturelle Falle

In den 1980er Jahren ist die Zuwanderungspolitik unter kulturelle Vorzeichen gerückt. Es geht jetzt nicht mehr nur um Fragen der Sozialintegration, sondern es geht jetzt um die Begegnung der Kulturen, sei es als konflikthafter Zusammenprall, sei es als multikulturelle ›Buntheit‹ konzipiert. Mittlerweile sind die Defizite eines kulturellen Deutungsmusters vielfach herausgearbeitet. Sie beginnen mit der Standardisierung der Vielfalt von Einzelschicksalen, die dem Einzelnen jeweils die ›Last der Repräsentativität‹<sup>41</sup> aufbürdet: Einer ist jetzt nicht einfach ein Türke, sondern steht für ›die Türken‹, und was ›die Türken‹ sind oder was der typische ›Türke‹ ist, wird ethnisch und über die Religions-

39 Bernhard Waldenfels: Orte und Wege des Fremden – phänomenologische Perspektiven. In: »Wer ist Deutschland?« Demographische Krise und Migration in Politik, Gesellschaft und Kultur. Hg. v. Joachim Klose, Kristina Kocyba u. Walter Schmitz. Dresden: Thelem 2015 (i.V.).

40 An zwei solcher Morde – den an Jorge Gomondai und den an Marja El Sherbini – wird inzwischen im städtischen Raum erinnert; vgl. dazu: Fremde in Dresden. Fünf Jahrhunderte Konflikt und Begegnung. Hg. v. Walter Schmitz. Dresden: Thelem 2015 (im Druck).

41 Vgl. Kobena Mercer: Welcome to the jungle. New positions in black cultural studies. New York u. a.: Routledge 1994.

zugehörigkeit bestimmt. Dann ist die Rede von ›dem Islam‹ und nicht mehr von der Frömmigkeit des Einzelnen. Das Spektrum verengt sich deutlich. »Pegida« schließt an diese pauschalisierenden Muster an, die jeweils ›Kulturen‹ in Akteure verwandeln. Hauptgegner ist ›der Islam‹: »Lieber heute aufrecht für Pegida als morgen auf den Knien gen Mekka«, lautet eine weitere Maxime der Demonstranten, und der Befürchtung, ›unsere Frauen‹ müssten künftig Schleier oder Burka tragen, verlieh man ebenfalls Ausdruck. Die Islamisierung des Abendlandes drohte anscheinend nicht mehr nur in der Vergangenheit, als arabische Heere im 8. Jahrhundert n. Chr. über die Pyrenäen vordrangen, und abermals, als die Truppen des Osmanischen Reiches 1529 und nochmals 1683 vor Wien lagen; heute vielmehr sei ›das Abendland‹ von den Verantwortungsträgern, die zu seiner Verteidigung aufgerufen wären, leichtfertig der tückischen islamistischen Unterwanderung durch Zuwanderung ausgeliefert. Von einer kulturellen Gefährdung war damals freilich nicht die Rede. Heute ist es schwer herauszufinden, was eine ›Islamisierung‹ wirklich bedeuten soll. Es gibt, um ein bekanntes Beispiel zu nehmen, wenig Hinweise, dass künftig alle Frauen in Deutschland Kopftücher tragen müssen, aber es gibt eine große Reizbarkeit, die das Tragen eines Kopftuches als ein Zeichen von Andersheit unerträglich findet. Umgekehrt findet auch Selbstethnisierung statt. Es mag also durchaus sein, dass mit dem Tragen eines Kopftuches nicht nur Andersheit, sondern auch religiöse Überlegenheit demonstriert werden soll. Das alles sind komplexe Prozesse, denen mit einfachen Formeln nun einmal nicht beizukommen ist. Selbst gut gemeinte wie die, dass ›der Islam zu Deutschland gehört‹, führen in die Irre. Denn es geht nicht um ›den Islam‹; es geht um die deutschen Staatsbürger und zahlreiche andere Zuwanderer, die dem islamischen Glauben in seinen je verschiedenen Varianten anhängen. Diese Menschen gehören zu Deutschland wie alle, die hier leben. Wenn sie fromm ihren Glauben leben, entspricht dies unserer Verfassung. Für ihre Arbeits- und Lebensleistung gebührt ihnen Anerkennung, wie jedermann. Wenn sie Hilfe benötigen, sollte sie ihnen zukommen, wie jedermann. Wenn sie straffällig werden, müssen sie sich dem Gesetz stellen – wie jedermann. Während aber jener Merksatz »Der Islam gehört zu Deutschland«, immerhin auf Anerkennung und Integration zielt, so erscheint die Ausgrenzung ›des Islam‹ angesichts von 4–5 % Angehörigen dieser Religion in Deutschland Sinnlos.

In Sachsen sind 0,2 % der Bevölkerung Angehörige der islamischen Religion. Vielleicht erklärte der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich deshalb,

dass ›der Islam nicht zu Sachsen gehört‹.<sup>42</sup> In einem Kommentar der *Süddeutschen Zeitung* hat Heribert Prantl die Frage angeschlossen: »Gehört Sachsen zu Deutschland?«<sup>43</sup> Vorerst muss man sich jedenfalls nach der politischen Umsetzung einer solchen verbalen Abgrenzung ›unserer‹, ganz sächsischen ›Kultur‹ fragen, in die sich zu integrieren laut einem aktuellen Positionspapier der sächsischen CDU ja doch eine Pflichtaufgabe für Zuwanderer bedeutet.<sup>44</sup> Will man jetzt alle islamischen Einflüsse, die die Kultur in Sachsen wie überall in Deutschland und in Europa geprägt haben, tilgen? Also beispielsweise das Grüne Gewölbe in Dresden schließen? Die Begeisterung August des Starken für seine türkischen Sammelstücke aus dem Gedächtnis löschen? Will man die Yenidze mitten im Elbpanorama der schönen Dresdner Stadt abreißen? Will man vielleicht künftig, dem Erfurter Ableger von »Pegida« folgend, noch erklären, dass auch Amerika nicht zu Sachsen gehört – ebenfalls ein ehrwürdiges Motiv kultureller Feindschaft – und sich ganz auf Sächsisch-Deutsches konzentrieren? Und wie steht es mit den Sorben, die mittlerweile in der Oberlausitz als nicht zugehörig eingeschüchtert werden?<sup>45</sup> Sollen sie nun nach jahrhundertelanger Ansässigkeit Sachsen verlassen? Und wie will man vermeiden, dass neue Moslems ins Land und schließlich sogar in unser Sachsen kommen? Es empfiehlt sich der Bau einer weiteren Mauer.

Eine irrige Formulierung würde so viele Nachfragen nicht rechtfertigen, wenn sie nicht zugleich in die Irre führen und von den Problemen der Mehrheit und von den echten ›Sorgen der Menschen‹ ablenken würde. Die Einwohner der sächsischen Stadt Perba, die in der Tat im Rahmen der »Pegida«-Gespräche zu Wort kamen, hatten anderes zu berichten: In diesem kleinen Ort bei Meißen – 150 Einwohner mit einer Bushaltestelle als Infrastruktur – sollten 50 tunesische Asylbewerber einquartiert werden. Davor scheuten die Bewohner zurück, such-

42 Vgl. Tillich: Islam gehört nicht zu Sachsen. Ministerpräsident Tillich äußert sich in einem Interview zum Islam. Für seine Aussage bekommt er umgehend Gegenwind. In: SZ-Online (25. Januar 2015): <http://www.sz-online.de/sachsen/tillich-islam-gehört-nicht-zu-sachsen-3022692.html>.

43 Heribert Prantl: Gehört Sachsen zu Deutschland? In: Süddeutsche Zeitung (28. Januar 2015). – Denn andere Ministerpräsidenten und schließlich die Bundeskanzlerin hätten ja nun erklärt, dass der Islam durchaus zu Deutschland gehöre. Plant also Sachsen die Errichtung eines autonomen Freistaats und reiht sich damit den Schotten und Katalanen an, freilich mit dem dort nicht bekannten Argument der Islambekämpfung.

44 Vgl.: Gerechtigkeit und Transparenz – Herausforderungen der Asyl- und Flüchtlingspolitik meistern. Positionen der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags. In: [http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user\\_upload/content/Pressemitteilungen/150123\\_Asyl-Papier.pdf](http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/content/Pressemitteilungen/150123_Asyl-Papier.pdf).

45 Vgl. etwa: Neonazis attackieren immer häufiger Sorben. In: Märkische Onlinezeitung (20. November 2014).

ten durch Eingaben und auf den üblichen Wegen Rücksprache und Verständnis ›für ihre Sorgen‹ – vergeblich, so dass sie sich schließlich wütend den »Pegida«-Märschen anschlossen.<sup>46</sup> Die harmlos formulierten Forderungen »Pegidas«, die nach einer effizienten Zuwanderungspolitik und einer umsichtigen Praxis verlangen, finden hier einen Rückhalt in der Wirklichkeit, der freilich von ihrer Funktion im Zusammenhang der Bewegung deutlich relativiert wird. Wer aber ›den Sorgen der Menschen‹ Rechnung tragen will, findet hier mit einer Verbesserung der politischen Kommunikation, mit eigenständigen, konkreten Konzepten, mit einem effizienten, ›die Menschen‹ (auch die ›mit Migrationshintergrund‹) ernstnehmenden, transparenten und nachvollziehbaren Verwaltungshandeln angesichts realer Probleme ein weites Betätigungsfeld.

Mittlerweile hat die »Pegida«-Bewegung, die versichert, keine Revolution zu planen, die Atmosphäre im öffentlichen Raum Dresdens verändert. Kathrin Oertel beklagt, sie unterliege ständig der Beobachtung durch andere und werde mit Blicken bedacht. Trotz allen Mitgeföhls mit dem Opfer Kathrin Oertel, die ja eine ›Frau aus dem Volk‹ ist, wäre es vielleicht doch an der Zeit, einen Perspektivenwechsel zu vollziehen und sich zu vergegenwärtigen, wie sich Migranten, Muslime, ›weltoffene Menschen‹ an einem Montag in Dresden fühlen. Denn »die Selektivität des Interesses an den Sorgen und Ängsten der Menschen« ist mittlerweile in hohem Maße »verstörend.«<sup>47</sup> Khaldoun Al Saadi, geboren in Chemnitz, der – im Gegensatz zu den Chemnitzer »Pegida«-Teilnehmern – für ein ›weltoffenes Dresden‹ mitdemonstrierte, zieht knapp Bilanz: »Minderheiten leben in Angst, und was macht die Politik? Sie redet mit Pegida.«<sup>48</sup> – Lutz Bachmann ließ wissen, kein Ausländer müsse in Dresden Angst haben, auf die Straße zu gehen. Jeder allerdings, der ›wahrnehmbare Fremde‹ kennt, kennt auch deren Angst und kennt die Berichte von Pöbeleien, von Beleidigungen und von Bedrohungen. »Rechtsextreme verprügeln Asylbewerber« in Dresden

46 Cornelius Pollmer: Reden statt schreien. In: Süddeutsche Zeitung (8. Januar 2015).

47 Vgl. hier nochmals Teune, der zu recht anmerkt, diese Nonchalance bedeute vor allem eines: »Die Unteilbarkeit der Menschenrechte zur Disposition zu stellen.« Simon Teune: Im Pegida-Fieber. Die antiislamischen Proteste sind ein lokales Phänomen. Erst die Medien und fragwürdige Aufrufe zum Dialog haben sie groß gemacht. In: Süddeutsche Zeitung (28. Januar 2015).

48 Yasemin Ergin: Fremd in der Heimat. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (31. Januar 2015); dort auch weitere Belege für die zunehmende Gewalt. Vgl. auch: »Die Atmosphäre ist vergiftet«. Ali Moradi im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann. In: Deutschlandfunk – Interview (20. Januar 2015), wo Moradi, Mitglied des Sächsischen Flüchtlingsrates, lakonisch konstatiert: »Kein Satz über Ausländer und [deren] Ängste«.

und »zeigten Hitlergruß«, berichtet die *Süddeutsche Zeitung*,<sup>49</sup> die freilich für die Dresdner Bewegung der Lüge verdächtig ist. Wenn man alle öffentlich gemachten Zeugnisse für gefälscht halten wird, dann ist keine Wahrheit, außer bei »Pegida«.

Und weiter gefragt: Wie viel Anerkennung finden eigentlich alle diejenigen, die angesichts solcher Probleme anpacken, auch wenn sie dabei mit ihren Sorgen ebenso im Stich gelassen werden? Wäre der Einsatz an Zeit und Energie der »Pegida«-Teilnehmer in die zivilgesellschaftliche Organisation der Hilfe für Flüchtlinge und Zuwanderer geflossen, wie es sie vielerorts in Deutschland – und auch in Sachsen – schon gibt, die Probleme wären deutlich geringer. Freilich entbindet solches positive Engagement die Repräsentanten des Staates nicht von der Erfüllung ihrer Aufgaben und auch nicht vom Dialog mit den Bürgern. Der ›Dialog mit Pegida‹ privilegiert dagegen eine aggressive Minderheit.

## VI. Warum Dresden?

»Anfang 2015 bekommt ›der hässliche Deutsche‹ ein neues Gesicht. *Er ist jetzt Dresdner.*«<sup>50</sup> Warum findet eine solche Bewegung, die im gesamtdeutschen Maßstab wenig Attraktivität entfaltet, ausgerechnet in Dresden einen solchen Zulauf? ›Unser schönes Dresden‹ ist ein Leitmotiv der »Pegida«-Reden.<sup>51</sup> Wer aber würde außerhalb des sächsischen »Tals der Ahnungslosen« dem Aufruf ›europäischer Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes‹ folgen?<sup>52</sup> Die Frage wurde früh gestellt.<sup>53</sup>

Es gibt zum einen in Dresden kaum einmal die Realität des Miteinanders verschiedener Kulturen, und wenn es sie gibt, wird sie in der städtischen Selbstverständigungskommunikation kaum beachtet. »Pegida« versteht sich als Präventivbewegung. Da es in Sachsen nur 4 % Ausländer und davon nur 0,2 %

49 Rechtsextreme verprügeln Asylbewerber. In: *Süddeutsche Zeitung* (26. Januar 2015). Vgl. auch die Statistik über den Zunahme ausländerfeindlicher Übergriffe seit den ›Spaziergängen‹ von »Pegida«: Zahl rassistischer Übergriffe steigt. In: *Zeit-Online* (27. Januar 2015).

50 Hannah Beitzer: So viel Dresden steckt in Deutschland. In: *Süddeutsche Zeitung* (17. Januar 2015).

51 Vgl. Ingo Schulze: Die nützlichen Idioten. *Süddeutsche Zeitung* (27. Januar 2015). »Für die regierenden Parteien sind die Anhänger von Pegida eine bequeme Opposition – denn die eigentlichen Fragen werden von ihnen nicht gestellt.«

52 Heinz Bude und Ernst-Dieter Lantermann: Besorgt, beleidigt und zurückgesetzt. Wer sind die Anhänger von Pegida? In: *Süddeutsche Zeitung* (23. Dezember 2014).

53 Vgl. Dietrich Herrmann: Warum gerade Dresden? In: <http://www.boell.de/de/2015/01/14/dresden-stat-zivilgesellschaft-pegida>. Herrmann lehrt am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden.

Muslime gibt, fällt es anscheinend nicht leicht, »den Islam als Feind aufzubauen, wenn die Realität stark dagegen spricht«. Doch gerade das erweist sich als Standortvorteil.<sup>54</sup> Es sei völlig legitim, so die Pressesprecherin Oertel, gegen eine Gefährdung zu demonstrieren, die noch nicht zur akuten Gefahr geworden sei; schließlich werde ja auch in Deutschland für die Rettung des Regenwaldes demonstriert, obwohl der in Deutschland gar nicht wachse. Das sei, so kommentierte die *Süddeutsche Zeitung*, in der Tat eine Analogie, die entwaffnend wirke, da sich ihr mit Vernunft nicht mehr begegnen lasse.<sup>55</sup> Doch solch ein imaginärer Feind, den man als eine »Islamische Gefahr« bezeichnet, wäre ja noch an etlichen anderen Orten mit ähnlich geringem Ausländeranteil vor allem in den östlichen Bundesländern brauchbar. Die Dresdner Spezifik ist damit also noch nicht ausgeschöpft.

Die sächsische Landeshauptstadt war, als sie zur Residenz der sächsischen Könige / Kurfürsten wurde, schon als Bühne der öffentlichen Rituale angelegt. Sie ist es bis heute geblieben – vor allem, seit sie nach 1989 einer nachholenden, öffentlichen Erinnerung das Forum bot. Die Bombardierung der Stadt am 13. / 14. Februar 1945 kurz vor dem Kriegsende hatte ca. 25.000 Opfer gefordert – der Streit um die Höhe der Opferzahl ist ein Dauerthema von Debatten in und über Dresden – und jedenfalls die Innenstadt großflächig zerstört. Während Großstädte im Westen Deutschlands, die ähnlich hart getroffen waren, das Verbrechen des Dritten Reiches gern ›beschweigen‹ und durch schnellen Wiederaufbau auch vergessen machen wollten, blieb in Dresden gleichsam die Zeit stehen. 1989 waren die Ruinen noch allgegenwärtig, und was gemäß der DDR-Maxime einer ›sozialistischen Großstadt‹ dann in geschichtsloser Modernität geschaffen worden war, empfanden viele als zweite Zerstörung Dresdens. Nach 1989/90 aber, unter den Bedingungen einer demokratischen Medienöffentlichkeit, avancierte Dresden zum deutschen Erinnerungsort par excellence: nicht mehr für Shoah und deutsche Kriegsverbrechen, sondern für deutsches Leid.

So betreten ›die Dresdner‹ nach 1989 die Bühne der nationalen und internationalen Medienöffentlichkeit. Diese typischen ›Dresdner‹ – so heißt es immer wieder in Reden von interessierter Seite – haben bürgerliche Bildung in schweren Zeiten bewahrt, sie wissen genau, was sie wollen, und müssen sich von niemanden etwas vorschreiben lassen. Häufig waren solche Sätze in der Debatte von 2008 / 09

54 Byung-Chulhan: Sehnsucht nach dem Feind. Die Pegida-Bewegung marschiert und schweigt, weil sie ihre Angst vor dem Imaginären pflegt. In: *Süddeutsche Zeitung* (17. Dezember 2014).

55 Vgl. Detlef Esslinger: Entladung des Gefühlsstaus. In: *Süddeutsche Zeitung* (19. Januar 2015).

um die Aberkennung des 2004 verliehenen Weltkulturerbetitels zu hören, der in ähnlich brüskes Missachten zivilgesellschaftlicher Umgangsformen, gestützt von Akteuren in Verwaltung und Politik, vorausgegangen war. Für gewöhnlich ist es schwer, ›die Dresdner‹ eines Besseren zu belehren: Dresden, die selbstsichere Stadt. Umberto Eco erkannte diesen ›Grundzug einer Stadtpsychologie‹ schon nach einem kurzen Besuch: Dresdner, so bemerkte dieser Fremde, »fragen einen gar nicht, ob einem die Stadt gefällt, sie sagen es einem«. Freilich doch nicht so selbstbewusst, dass Widerspruch nicht schnell als beleidigend empfunden wird. So mag eine Stadt, »die früher sehr selbstsicher war, sich langsam unwohl [...] fühlen. Man achte darauf, ob man gefragt wird, was man über sie dächte. Es empfiehlt sich, eine begeisterte Antwort zu geben, aber man schaue sich um und suche nach Gründen für ein Unbehagen... «<sup>56</sup>

Erinnerungskultur in Dresden ist opferzentriert. Sie schreibt damit eine Erzählung fort, die ihren Ursprung in einer Pressekampagne Josef Goebbels' über die Zerstörung der vorgeblich kriegsunwichtigen ›Kulturstadt‹ Dresden hat<sup>57</sup> und an die bereits die Geschichtsnormierung der DDR anknüpfen konnte: der zufolge waren es die ›angloamerikanischen Terrorbomber‹, nach 1989 war es ein Schicksal, das eine Stadt ganz unvorbereitet und bis ins Mark getroffen hatte. Schnell erkannte eine nach Symbolorten suchende rechtsradikale und neonazistische Bewegung ihre Chance und reklamierte ihre legitime Teilhabe am Dresdner Gedenken an das Leid des deutschen Volkes. Über viele Jahre hin zog sich der Kampf um die Deutungshoheit, bis allmählich die Attraktivität der jährlichen Dresden-Wallfahrt für die rechtsextreme Szene zu schwinden schien. Doch ihre Attraktivität als Bühne hat die sächsische Residenz- und Landeshauptstadt nicht verloren. Es gibt Erfahrungen, Muster, an die man anschließen, Bilder, die man abrufen kann. Für die Dresdner »Pegida« ist die – nicht nur mediale – Aufmerksamkeit gut vorbereitet.

Offenbar unbedacht aber bleibt schon bei den jährlichen Zügen durch die wiederaufgebaute Stadt bis heute der Unterschied zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen, so wie auch die »Pegida«-Anhänger ihr persönliches Gefühl für den Maßstab aller Dinge halten. – Dass jenes Erlebnis der Bombardierung in den Familien Trauer, Trauma und auch den Wunsch des Gedenkens auslösen mag, ist selbstverständlich. Tritt dies jedoch in den öffentlichen Raum einer

56 Umberto Eco: Grundzüge einer Stadtpsychologie . In: Die Zeit-Online (5. Juli 1996).

57 Vgl. Tobias Jaecker: Hass, Neid, Wahn: Antiamerikanismus in den deutschen Medien. Frankfurt a. M. / New York: Campus 2014, S. 65, Anm. 186,



Erinnerungskultur, so werden andere Fragen nötig, die für Dresden zwar mit Sachkenntnis durchaus und mit immer neuen Studien beantwortet werden, aber in die Rituale des Erinnerns nicht eingegangen sind. Wollte man etwa die ›Dresdner Erinnerung‹ ausbalancieren, so müsste am 12. Februar ein Zug des Gedenkens an die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung stattfinden, die von 4.397 im Jahre 1933 auf 174 im Jahre 1945 zusammengeschrumpft war. Und die Geschichte der ›schuldigen Schönen‹ (Durs Grünbein), dieser ›unserer Stadt‹ könnte etwas weiter ausgreifen, etwa zurück in die 1890er Jahre, als Dresden ein Hauptort des organisierten Antisemitismus in Deutschland war; etwa in die ›tausend Jahre‹ seit 1933, in denen Dresden die Hauptstadt des nationalsozialistischen Mustergaus Sachsen mit dem vom Führer hochgeschätzten Gauleiter Martin Mutschmann war. Zurückgreifen müsste man auf die Nachkriegszeit, in welcher Victor Klemperer, einer der wenigen überlebenden Dresdner Juden, in seinem Tagebuch das Fortwirken der alten Redensarten und Phrasen unter der neuen Herrschaft beschreibt. Vieles ist abzuwehren, um die stille Würde des 13. / 14. Februars zu sichern. Abwehr erzeugt Trotz. »In jeder Demonstration hört man unterschwellig die Botschaft mitschwingen: Wir hier unten in Dresden wenden uns gegen die da oben in Berlin, Brüssel oder Washington.«<sup>58</sup> Die Dresdner Opfer und ihre Nachfahren, die doch nur Anerkennung für ihr Leid wollen, werden mit lästigen Fragen gestört. Was sind das für Zeiten, so muss man mit einem mittlerweile verstorbenen Dichter fragen, in denen ein bloßes Gedenken an unsere Opfer das Schweigen über so viele Verbrechen mit einschließt.

## VII. Die Folgen

Bei »Pegida« glaubt man ohnehin nicht mehr an die Wahrheit der Anderen. Mit einer Verweigerung von Kenntnisnahme und Wissen muss man sich auf lästige Differenzierungen gar nicht erst einlassen. Die eigenen Kenntnisse und Gefühle genügen; ob man sich selbst ›ein Bild gemacht hat‹ – nach dem Muster: ›ich war öfter in Berlin-Neukölln‹ – oder ob die Medien und das Internet die Bilder und Meinungen liefern: Das ist angesichts der Kommunikationsverweigerung der Besorgten kaum herauszufinden. Dass ›mein Gefühl‹ täuschen, dass das Zeugnis Gleichgesinnter irren, dass die eigene Wahrnehmung falsch sein kann – das alles kümmert einen nicht, wenn man im Sprechchor spricht. Über eine Ausbildung

58 Klaus Wallbaum / Christoph Stephan: Warum Dresden? In: Dresdner Neuste Nachrichten (19. Januar 2015).

verfügen – laut den ersten Erhebungen – viele der Protestierenden; aber es offenbart sich ein eklatanter Mangel an ›Bildung‹, um einmal diesen fast schon abgenutzten und zugleich etwas altmodisch klingenden Begriff in seiner genauen Bedeutung noch einmal einzuführen, der eben nicht gleichzusetzen ist mit der Sammlung von Informationen, insbesondere aus dem Internet: ›Bildung‹ als Offenheit für die kulturelle Arbeit und für die Werte einer Gesellschaft, ›Bildung‹ als Beginn jeden Gesprächs. Ausbildung mag für den Wirtschaftsstandort Deutschland hinreichend sein. Die deutsche Demokratie bedarf offenbar einer Bildung derer, sie gestalten müssen, mehr denn je. Das zumindest könnte das Dresdner Exempel lehren.